

tung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. In keinem Teil der Welt trachten die sozialistischen Länder nach Privilegien, nirgendwo streben sie nach Militärstützpunkten oder jagen sie Konzessionen nach. Sie sind grundsätzlich gegen die imperialistische Politik zur Schaffung von Einflußsphären und beteiligen sich selbst niemals am Kampf um solche Sphären.

Geleitet von ihrer prinzipiellen Politik der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit, treten die an der Tagung teilnehmenden sozialistischen Länder konsequent für die Regelung aller Streitfälle zwischen den jungen befreiten Staaten sowie zwischen allen Ländern auf friedlichem, politischem Wege, durch Verhandlungen, ein.

Die Teilnehmer der Tagung betonen, daß der Kampf für die Überwindung der Rückständigkeit und die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage, für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, für den Verzicht auf jegliche Diskriminierung sowie für die Beseitigung der Ausbeutung der Natur- und Menschenressourcen der Entwicklungsländer durch die imperialistischen Monopole für den Fortschritt der gesamten Menschheit von besonderer Bedeutung ist. Sie betrachten das als direkte Fortsetzung des Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialismus.

Sie sprechen sich ebenfalls dafür aus, daß alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, ihrer geographischen Lage und Größe sowie von ihrer ökonomischen und militärischen Stärke, aktiv und gleichberechtigt an der Lösung der aktuellen Probleme der internationalen Entwicklung teilnehmen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind überzeugt, *daß ihre klare und prinzipienfeste Politik* in den Fragen des Kampfes der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt *zur Festigung des Friedens und der Freiheit der Völker beiträgt.*

IV

Gefährliche Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Lage werden auch durch die Politik imperialistischer Kreise verursacht, die einerseits faschistische und andere reaktionäre Regimes bei groben und massenhaften Verletzungen der Menschenrechte ermuntern und unterstützen, andererseits jedoch versuchen, das Problem der Menschenrechte zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten und anderer Länder, für Angriffe auf die sozialistische Gesellschaftsordnung zu mißbrauchen.

Beim Meinungsaustausch zu dieser Frage gingen die Delegationen davon aus.